

EWU: Weiterhin Wachstumsschwäche, aber keine Rezession	795
Lohnzurückhaltung — ein Beitrag zu mehr Beschäftigung?	803

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 50/2001

Berlin

13. Dezember 2001

68. Jahrgang

EWU: Weiterhin Wachstumsschwäche, aber keine Rezession

Nach Berechnungen des DIW Berlin hat sich das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im dritten Quartal 2001 um 1,4 % gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres erhöht. Im Vergleich zum vorangegangenen Quartal beträgt die Erhöhung saisonbereinigt knapp 0,2 %, was einer laufenden Jahresrate von 0,75 % entspricht.

Im Euroraum konnte somit die Wachstumsschwäche, die in der zweiten Jahreshälfte 2000 begonnen hat, noch nicht überwunden werden. Die derzeitige Situation lässt sich nicht als Rezession bezeichnen. Dies ist erst dann der Fall, wenn für mindestens zwei aufeinander folgende Quartale negative Wachstumsraten bei einer Unterauslastung registriert werden. Stützend wirkte vor allem die stabile Entwicklung des privaten Konsums. Insbesondere bei den Investitionen, jedoch auch bei der Entwicklung der Exporte, zeigen sich deutliche Spuren der weltweiten konjunkturellen Verlangsamung und der ausgeprägten Unsicherheit im Hinblick auf die künftige Entwicklung.

Als Wachstumsstütze für den Euroraum erwies sich im dritten Quartal der Konsum. Die Nachfrage der privaten Haushalte nahm saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von gut 1,5 % zu. Dieser Anstieg ist zwar stärker als der des Bruttoinlandsprodukts, erfüllt aber keineswegs die Erwartung, dass der private Konsum nach den Steuerreformen, die es in zahlreichen Ländern gegeben hat, den Wachstumsmotor bildet. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass es aufgrund der stark gestiegenen Ölpreise im vergangenen Jahr und auch in den ersten Monaten dieses Jahres sowie der hohen Lebensmittelpreise als Folge der Tierseuchen zu einem kräftigen Entzug an Kaufkraft gekommen ist. Zum anderen gehen nunmehr auch von dem sich eintrübenden Konsumentenvertrauen und dem verlangsamten Beschäftigungsaufbau negative Einflüsse auf den privaten Verbrauch aus.

Die öffentliche Nachfrage wirkt bislang stabilisierend. Infolge der Konsolidierungsverpflichtungen kann sie allerdings nicht im Sinne eines antizyklischen Puffers eingesetzt werden, sondern dürfte allenfalls über die automatischen Stabilisatoren die Konjunktur stützen.

Weltwirtschaftliche Abschwächung beeinträchtigt Vertrauen

Die konjunkturelle Verlangsamung begann schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres, als der starke Anstieg des Ölpreises die Nachfrage der privaten Konsumenten und die Investitionsneigung der Unternehmen gedämpft hat. Verstärkt wurde der Abschwung aber durch die Entwicklung in den USA, die ungünstiger war als erwartet und nun sogar in eine Rezession mündete. Eine derart rasche und kräftige Reaktion der europäischen Volkswirtschaften auf die Abschwächung in den USA ist nicht unmittelbar einer verringerten Nachfrage zuzuschreiben, denn die Exporte in die USA steigen weiterhin. Die Handelsbilanz des Euroraums gegenüber den USA ist nach wie vor positiv (25 Mrd. Euro von Januar bis September 2001).

Die starke Eintrübung in Europa ebenso wie die weltwirtschaftliche Abschwächung, die sich — anders als üblich — fast gleichzeitig in allen Ländern niederschlägt, sind wohl einem Wirkungskanal zuzuschreiben, der mit

Zur Berechnung der vierteljährlichen VGR für die Europäische Währungsunion

Unlängst hat Eurostat seine erste Schätzung für die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts für den Euro-Raum bis zum dritten Quartal veröffentlicht. Von daher ist die Frage berechtigt, warum das DIW Berlin noch eine eigene Schätzung durchführt. Für die Fortführung der Berechnungen sprechen im Wesentlichen drei Gründe:

- Eurostat veröffentlicht keine Untergliederung der Bruttoanlageinvestitionen. Gerade bei der aktuellen Investitionsschwäche ist eine Trennung nach Ausrüstungsinvestitionen und Bauinvestitionen besonders wichtig.
- Eurostat rechnet die Reihen zu konstanten Preisen mit dem Durchschnittskurs von 1995 um, während die vierteljährlichen Reihen zu jeweiligen Preisen zum jeweils gültigen Wechselkurs konvertiert werden. Diese Vorgehensweise bewirkt, dass die Deflatoren bis 1999 durch Wechselkurseffekte verzerrt werden.
- Die Eurostat-Aggregate werden aus nationalen VGR-Reihen gebildet, die mit unterschiedlichen Verfahren saisonbereinigt wurden. Eine Kalenderbereinigung wurde nur für einen Teil der Länder durchgeführt.

Das DIW hat mit seiner aktuellen Schätzung den Versuch unternommen, für die drei genannten Probleme eine Lösung zu finden. Ausgehend von den Ursprungswerten für die einzelnen Länder und Aggregate wurden die unbereinigten Reihen für den Euroraum geschätzt. Dabei lagen für Deutschland, Frankreich und die Niederlande bereits offizielle VGR-Daten für das dritte Quartal sowie erste vorläufige Schätzungen des Bruttoinlandsprodukts für Italien und Belgien vor. Diese wurden durch Schätzungen des DIW Berlin auf der Basis von aktuellen Konjunkturindikatoren ergänzt. Die detaillierten Daten für die Investitionen waren für die meisten Länder für denselben Zeitraum verfügbar wie die übrigen VGR-Daten. Für die Niederlande musste jedoch das dritte Quartal geschätzt werden, da nur die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt veröffentlicht worden waren. Für Belgien wurde eine Trennung nach Bau- und Ausrüstungsinvestitionen für den gesamten Zeitraum seit dem ersten Quartal 2000 anhand von Indikatoren sowie der Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen insgesamt vorgenommen.

Im Gegensatz zur Vorgehensweise von Eurostat sind sowohl die nominalen als auch die realen Reihen mit den unveränderlichen Euro-Umrechnungskursen der jeweiligen Länder konvertiert worden. Dadurch ergeben sich für den Euroraum Deflatoren, die einem gewogenen Durchschnitt der nationalen Deflatoren mit variablen Gewichten entsprechen.

Da für Griechenland, Portugal, Irland und Luxemburg keine Ursprungsreihen bzw. (im Falle von Irland) keine ausreichend langen Ursprungsreihen vorliegen, wurden die unbereinigten Quartalswerte für die EU-12 mit Hilfe der Jahreswerte, der unbereinigten Quartalswerte für die acht großen Länder und eines Verfahrens der temporalen Disaggregation von Zeitreihen geschätzt. Diese Methode wird in ähnlicher Form auch von Eurostat eingesetzt.¹

Die so geschätzten Ursprungszeitreihen für die EU-12 wurden mit dem Verfahren TRAMO/SEATS² direkt saison- und kalenderbereinigt. Die Kalenderbereinigung erfolgte mithilfe einer von der Europäischen Zentralbank zur Verfügung gestellten Reihe der Abweichungen des gewogenen Durchschnitts der Arbeitstage in der EWU von ihrem langjährigen Durchschnitt. Diese Reihe wurde als externer Regressor bei der Saisonbereinigung eingesetzt.

¹ Vgl. R. Barcellan und G. L. Mazzi: Methodology for the estimation of totals for the European Economic and Monetary Union (EUR-11) and for the European Union (EU-15). In: Quarterly National Accounts ESA, Fourth Quarter 1997, Nr. 1-1998, Eurostat, Luxemburg.

² Vgl. V. Gomez und A. Maravall: Programs TRAMO and SEATS, Instructions for the user. Documento de Trabajo, Nr. 9628, Banco de España, Servicio de Estudios, Madrid 1997.

der globaleren Ausrichtung und Vernetzung der Unternehmen zusammenhängt. Veränderte Wachstumsaussichten in einer Region können aufgrund der weltweiten Ausrichtung großer Unternehmen zu Anpassungen in der Produktion und in der Investitionstätigkeit auch an anderen Standorten führen. Eintrübungen des Vertrauens in den USA führen nicht nur dort zu Anpassungsreaktionen, sondern auch in den verbundenen Unternehmen in Europa — und zwar rascher, als es die aktuellen Handelsströme erwarten lassen.

Zusätzlich kann auch eine Rolle spielen, dass die Entwicklung des Informations- und Kommunikationssektors (IT-Sektor), die eine Wachstumsstütze des Aufschwungs in den USA war, als übersteigert angesehen werden muss. Nun stellt sich zunehmend heraus, dass hier viele Investitionen getätigt worden waren, deren Rentabilität überschätzt wurde. Nachdem es in den USA im Verlauf des vergangenen Jahres zu einem Platzen der „IT-bubble“ gekommen ist, werden die Überkapazitäten jetzt abgebaut. Es überrascht nicht, dass dies auch Folgen für das

Tabelle 1

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die EWU-Länder
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Ursprungswerte

	1999	2000	1999			2000				2001		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
In Mrd. Euro												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ¹⁾	3575,2	3750,2	883,7	897,0	935,7	904,4	933,3	939,8	972,8	942,6	975,4	980,1
Staatskonsum	1247,8	1296,3	305,3	303,8	341,9	310,1	318,4	314,4	353,5	322,0	331,1	326,9
Anlageinvestitionen	1312,1	1404,9	332,3	326,3	359,2	321,3	357,5	346,4	379,6	334,7	363,9	346,0
Bauten	671,2	707,0	172,2	174,8	177,7	160,6	181,1	180,8	184,6	164,0	183,5	181,5
Ausrüstungen	640,9	697,9	160,1	151,5	181,6	160,8	176,4	165,7	195,0	170,7	180,4	164,5
Vorratsveränderungen	20,5	39,6	5,4	2,8	-17,0	32,2	6,2	10,1	-8,9	33,0	2,1	0,0
Inlandsnachfrage	6155,6	6491,1	1526,7	1529,8	1619,9	1568,0	1615,3	1610,8	1696,9	1632,3	1672,5	1653,0
Außenbeitrag	94,8	61,0	26,3	26,5	22,6	15,0	17,9	17,0	11,1	21,7	26,7	31,3
Exporte	2067,8	2419,2	513,5	516,1	559,5	562,3	598,1	601,8	657,0	630,2	647,0	626,3
Importe	1973,0	2358,2	487,2	489,7	536,9	547,3	580,2	584,8	645,9	608,5	620,4	595,1
Bruttoinlandsprodukt	6250,4	6552,1	1553,0	1556,3	1642,4	1583,0	1633,2	1627,8	1708,0	1654,0	1699,1	1684,3
Zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ¹⁾	3330,6	3419,2	823,3	831,9	868,4	833,0	853,4	851,2	881,6	848,9	868,8	868,1
Staatskonsum	1164,7	1186,4	289,8	287,8	300,8	292,2	296,7	292,2	305,4	297,6	301,8	298,0
Anlageinvestitionen	1262,2	1317,7	320,2	312,8	344,0	305,4	336,0	324,4	351,9	309,4	335,0	318,4
Bauten	634,8	646,9	163,0	165,0	166,8	148,7	166,1	165,4	166,6	146,8	163,2	163,5
Ausrüstungen	627,3	670,9	157,1	147,8	177,2	156,7	169,9	159,0	185,3	162,6	171,8	155,0
Vorratsveränderungen	15,3	15,6	3,6	2,3	-16,6	24,7	0,0	4,9	-14,0	22,7	-6,6	-6,0
Inlandsnachfrage	5772,8	5939,0	1436,9	1434,8	1496,6	1455,2	1486,1	1472,8	1524,9	1478,6	1499,0	1478,5
Außenbeitrag	83,2	117,9	21,6	27,1	25,3	21,5	29,0	33,3	34,1	33,2	39,5	48,1
Exporte	2029,4	2268,2	506,5	504,1	544,8	536,3	563,6	560,8	607,5	581,9	593,6	577,1
Importe	1946,2	2150,3	484,9	477,0	519,5	514,7	534,6	527,5	573,4	548,7	554,1	529,0
Bruttoinlandsprodukt	5856,0	6056,9	1458,6	1461,9	1521,9	1476,7	1515,1	1506,1	1559,0	1511,7	1538,5	1526,6
Preisentwicklung (1995 = 100)												
Privater Konsum ¹⁾	107,3	109,7	107,3	107,8	107,7	108,6	109,4	110,4	110,3	111,0	112,3	112,9
Staatskonsum	107,1	109,3	105,3	105,6	113,7	106,1	107,3	107,6	115,7	108,2	109,7	109,7
Anlageinvestitionen	104,0	106,6	103,8	104,3	104,4	105,2	106,4	106,8	107,9	108,2	108,6	108,7
Bauten	105,7	109,3	105,6	105,9	106,5	108,0	109,0	109,3	110,8	111,7	112,4	111,0
Ausrüstungen	102,2	104,0	101,9	102,5	102,5	102,6	103,9	104,2	105,2	105,0	105,0	106,1
Inlandsnachfrage	106,6	109,3	106,2	106,6	108,2	107,8	108,7	109,4	111,3	110,4	111,6	111,8
Exporte	101,9	106,7	101,4	102,4	102,7	104,9	106,1	107,3	108,1	108,3	109,0	108,5
Importe	101,4	109,7	100,5	102,6	103,4	106,3	108,5	110,9	112,6	110,9	112,0	112,5
Bruttoinlandsprodukt	106,7	108,2	106,5	106,5	107,9	107,2	107,8	108,1	109,6	109,4	110,4	110,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ¹⁾	4,4	4,9	4,2	4,3	4,4	5,3	5,6	4,8	4,0	4,2	4,5	4,3
Staatskonsum	4,0	3,9	3,5	4,1	4,9	4,4	4,3	3,5	3,4	3,8	4,0	4,0
Anlageinvestitionen	6,5	7,1	6,3	6,4	8,0	9,2	7,6	6,2	5,7	4,1	1,8	-0,1
Bauten	5,6	5,3	6,2	5,9	7,1	9,5	5,1	3,4	3,9	2,1	1,3	0,4
Ausrüstungen	7,5	8,9	6,5	6,9	8,9	8,9	10,2	9,4	7,4	6,2	2,2	-0,7
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inlandsnachfrage	4,5	5,4	4,3	4,5	5,1	6,0	5,8	5,3	4,8	4,1	3,5	2,6
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	4,5	17,0	1,7	5,8	11,8	17,5	16,5	16,6	17,4	12,1	8,2	4,1
Importe	6,8	19,5	4,1	8,3	14,2	19,2	19,1	19,4	20,3	11,2	6,9	1,8
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,8	3,4	3,8	4,6	5,6	5,2	4,6	4,0	4,5	4,0	3,5
Zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ¹⁾	3,2	2,7	3,2	3,2	2,9	3,2	3,7	2,3	1,5	1,9	1,8	2,0
Staatskonsum	2,2	1,9	1,7	2,0	2,7	2,0	2,4	1,5	1,5	1,9	1,7	2,0
Anlageinvestitionen	5,5	4,4	5,7	5,1	6,7	7,1	4,9	3,7	2,3	1,3	-0,3	-1,9
Bauten	4,0	1,9	4,9	4,2	5,1	6,3	1,9	0,2	-0,1	-1,3	-1,8	-1,2
Ausrüstungen	7,1	6,9	6,5	6,1	8,2	7,9	8,1	7,6	4,6	3,8	1,2	-2,5
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inlandsnachfrage	3,2	2,9	3,2	3,1	3,5	3,6	3,4	2,6	1,9	1,6	0,9	0,4
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	5,1	11,8	3,2	6,0	10,1	13,1	11,3	11,2	11,5	8,5	5,3	2,9
Importe	7,1	10,5	6,2	7,4	9,8	10,7	10,3	10,6	10,4	6,6	3,6	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,4	2,3	2,7	3,7	4,5	3,9	3,0	2,4	2,4	1,5	1,4
Preisentwicklung (1995 = 100)												
Privater Konsum ¹⁾	1,1	2,2	1,0	1,1	1,4	2,0	1,9	2,4	2,4	2,3	2,7	2,3
Staatskonsum	1,8	2,0	1,8	2,1	2,1	2,3	1,9	1,9	1,8	2,0	2,2	1,9
Anlageinvestitionen	0,9	2,6	0,6	1,2	1,2	2,0	2,5	2,4	3,3	2,8	2,1	1,8
Bauten	1,5	3,4	1,2	1,6	1,9	3,1	3,2	3,2	4,0	3,4	3,1	1,6
Ausrüstungen	0,4	1,8	0,0	0,8	0,6	1,0	1,9	1,6	2,7	2,3	1,1	1,9
Inlandsnachfrage	1,2	2,5	1,0	1,4	1,6	2,3	2,3	2,6	2,8	2,5	2,6	2,2
Exporte	-0,6	4,7	-1,5	-0,2	1,6	3,9	4,7	4,8	5,3	3,3	2,7	1,1
Importe	-0,3	8,2	-1,9	0,9	4,0	7,6	8,0	8,0	9,0	4,3	3,2	1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,4	1,1	1,0	0,9	1,1	1,2	1,5	1,5	2,1	2,5	2,1

¹⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Eurostat; nationale Statistiken; Berechnungen des DIW Berlin.

erwartete Wachstum dieser Branche in anderen Kontinenten und für den Anpassungsdruck hat, dem die Unternehmen in Europa ausgesetzt sind.

Europäische Investitionsschwäche hat auch hausgemachte Gründe

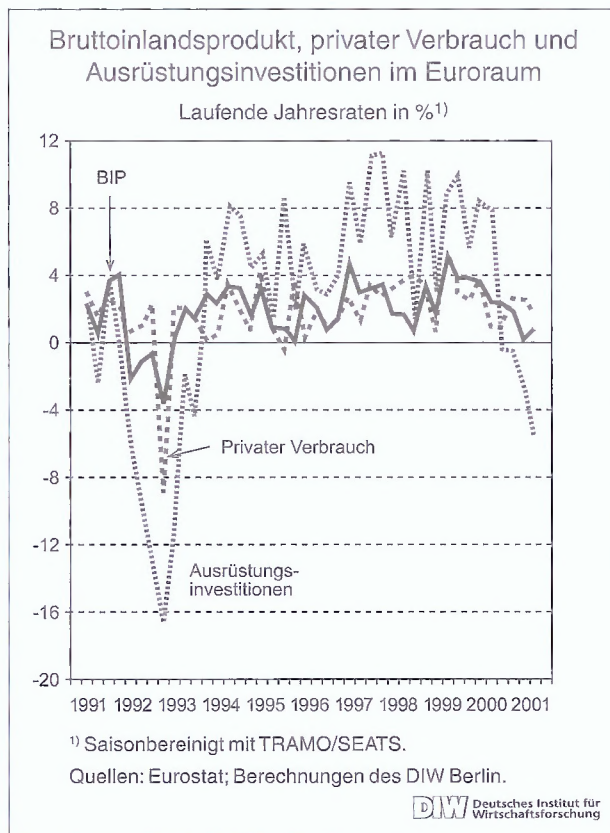
Auch wenn die veränderten Wirtschaftsbeziehungen sowie die Schwäche im IT-Sektor möglicherweise dazu beitragen, dass die derzeitige Verlangsamung stärker ist, als zu Beginn des Jahres erwartet worden war, so dürfen die damals diagnostizierten Faktoren nicht aus den Augen verloren werden. Neben den schon erwähnten Kaufkrafteinbußen war dies die über lange Zeit geringe Bereitschaft der EZB, auf die konjunkturelle Verlangsamung mit einer Zinssenkung zu reagieren. Zudem hatten sich zum Ende des vergangenen Jahres die Gewinnspannen der Unternehmen stark verringert, als die Ölpreise zunächst hohe Kosten verursachten und die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen vergleichsweise ungünstig waren.

Zusätzlich verstärkt worden ist der Vertrauenseinbruch durch die terroristischen Anschläge im September und die damit verbundenen negativen Folgen für den Welthandel im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen und den steigenden Transport- und Transaktionskosten.

Die vorgenannten Gründe können die Erklärung dafür sein, dass der derzeitige Abschwung in Europa durch einen starken Einbruch bei den Investitionen gekennzeichnet ist. Bei den Investitionen in Ausrüstungen werden seit dem vierten Quartal des vergangenen Jahres negative Raten ausgewiesen, und dieser Abschwung hat sich bis zum dritten Quartal kontinuierlich verstärkt. Damit wurde ein seit 1993 währender Wachstumsprozess der Ausrüstungsinvestitionen drastisch beendet (Abbildung 1). Im dritten Quartal haben die Ausrüstungsinvestitionen saisonbereinigt in laufender Jahresrate um knapp 6% abgenommen. Im dritten Quartal 2001 waren erstmals seit 1993 auch die Veränderungsraten im Vorjahresvergleich rückläufig. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken danach um 2,5%.

Bei den Investitionen im Bausektor war die Entwicklung zwar ebenfalls abwärts gerichtet, aber nicht so ausgeprägt wie bei den Ausrüstungsinvestitionen. Bauinvestitionen sind sowohl im Vorquartals- als auch im Vorjahresvergleich seit Beginn des Jahres rückläufig. Dies ist weiterhin vor allem auf die schon länger anhaltende Bauschwäche in Deutschland zurückzuführen. Die Bauinvestitionen expandierten aber auch in den anderen Ländern nur verhalten. Insgesamt sind die Anlageinvestitionen im dritten Quartal saisonbereinigt und auf laufende Jahresraten gerechnet um knapp 3,5% geschrumpft.

Abbildung 1



Positiver Außenbeitrag Zeichen der konjunkturellen Schwäche

Im Zuge der weltweiten Abkühlung hat der Export im Vergleich zum vergangenen Jahr deutlich schwächer expandiert. Nach einem Rückgang der Exporte im ersten Quartal 2001 um 0,8% gegenüber dem Vorquartal und einer Stagnation im zweiten Quartal sind die Lieferungen an Länder außerhalb des Euroraums im dritten Quartal wieder um 0,4% gestiegen. Gleichzeitig verzeichnen die Importe neuerlich einen Rückgang. Deren Entwicklung ist durch die schwache Konsumnachfrage und eine starke Importabhängigkeit der Exporte bestimmt. Der Außenbeitrag bleibt somit weiterhin positiv. Dies ist bei dem gegebenen weltwirtschaftlichen Umfeld jedoch ein Ausdruck der konjunkturellen Schwäche und nicht als Wachstumsimpuls für die Volkswirtschaft zu werten.

In Wachstumsbeiträgen betrachtet wurde das Wachstum von 0,2% fast vollständig durch den Außenbeitrag gedeckt. Von der inländischen Nachfrage ging kaum ein Impuls aus, dem positiven Einfluss des privaten und öffentlichen Konsums (+0,35%) stand bei den Investitionen (Anlage- und Lagerinvestitionen) ein ähnlich hoher negativer Beitrag gegenüber.

Tabelle 2

Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die EWU-Länder

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts
Saisonbereinigte Werte

	1998 IV	1999				2000				2001		
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III
In Mrd. Euro												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ¹⁾	870,2	878,7	885,7	898,8	910,5	922,3	933,7	943,3	951,4	962,6	974,4	983,3
Staatskonsum	303,2	306,4	309,7	313,6	317,3	319,8	322,7	325,3	328,2	331,8	335,2	338,5
Anlageinvestitionen	312,5	317,6	322,9	329,8	335,5	342,7	349,9	355,5	358,4	358,2	357,5	355,5
Bauten	160,3	162,5	165,3	168,6	170,6	174,2	176,2	178,0	179,6	179,1	179,6	179,5
Ausrüstungen	152,2	155,1	157,6	161,2	164,9	168,5	173,6	177,5	178,8	179,1	178,0	176,1
Vorratsveränderungen	6,2	6,5	4,7	6,3	6,9	6,4	7,3	11,9	14,3	4,3	3,8	0,7
Inlandsnachfrage	1 492,0	1 509,2	1 523,0	1 548,5	1 570,2	1 591,3	1 613,6	1 636,0	1 652,3	1 656,9	1 670,9	1 678,0
Außenbeitrag	28,2	26,2	23,3	21,7	19,8	19,2	17,1	13,9	11,9	27,9	26,7	27,9
Exporte	486,5	488,7	503,8	525,3	542,5	566,3	591,7	618,4	645,3	637,7	641,9	642,2
Importe	458,3	462,5	480,4	503,6	522,7	547,1	574,6	604,5	633,4	609,8	615,2	614,3
Bruttoinlandsprodukt	1 520,2	1 535,4	1 546,3	1 570,2	1 589,9	1 610,5	1 630,7	1 649,9	1 664,2	1 684,8	1 697,5	1 705,9
Zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ¹⁾	817,5	824,3	825,7	835,8	842,4	847,8	855,5	857,4	859,4	865,2	870,5	874,0
Staatskonsum	286,8	288,8	289,8	292,0	293,9	294,6	296,4	297,0	298,4	300,0	301,3	302,8
Anlageinvestitionen	302,1	308,6	311,2	316,7	321,7	325,5	329,2	332,3	332,1	330,8	329,2	326,4
Bauten	152,9	155,6	157,1	159,2	160,3	161,9	162,1	161,9	161,9	160,8	160,3	159,9
Ausrüstungen	149,2	153,0	154,1	157,5	161,4	163,7	167,1	170,4	170,2	170,0	168,9	166,5
Vorratsveränderungen	6,8	4,4	2,5	3,4	4,6	-1,1	1,3	6,4	10,8	-3,6	-4,4	-6,3
Inlandsnachfrage	1 413,2	1 426,2	1 429,3	1 447,9	1 462,6	1 466,9	1 482,4	1 493,2	1 500,7	1 492,3	1 496,6	1 497,0
Außenbeitrag	18,6	18,2	20,9	21,6	20,8	31,2	29,4	27,8	28,8	44,0	40,5	43,1
Exporte	480,1	484,8	497,5	513,4	526,6	541,1	558,4	576,5	594,2	589,8	590,1	592,2
Importe	461,5	466,6	476,5	491,8	505,8	509,9	529,1	548,8	565,5	545,8	549,6	549,1
Bruttoinlandsprodukt	1 431,7	1 444,4	1 450,3	1 469,5	1 483,4	1 498,0	1 511,8	1 520,9	1 529,5	1 536,3	1 537,0	1 540,1
Preisentwicklung (1995 = 100)												
Privater Konsum ¹⁾	106,4	106,6	107,3	107,5	108,1	108,8	109,1	110,0	110,7	111,3	111,9	112,5
Staatskonsum	105,7	106,1	106,8	107,4	108,0	108,6	108,9	109,5	110,0	110,6	111,3	111,8
Anlageinvestitionen	103,4	102,9	103,8	104,1	104,3	105,3	106,3	107,0	107,9	108,3	108,6	108,9
Bauten	104,8	104,4	105,2	105,9	106,4	107,6	108,7	109,9	110,9	111,4	112,1	112,3
Ausrüstungen	102,0	101,4	102,3	102,3	102,1	103,0	103,9	104,1	105,0	105,3	105,4	105,7
Inlandsnachfrage	105,6	105,8	106,6	106,9	107,4	108,5	108,8	109,6	110,1	111,0	111,6	112,1
Exporte	101,3	100,8	101,3	102,3	103,0	104,7	105,9	107,3	108,6	108,1	108,8	108,4
Importe	99,3	99,1	100,8	102,4	103,4	107,3	108,6	110,2	112,0	111,7	111,9	111,9
Bruttoinlandsprodukt	106,2	106,3	106,6	106,9	107,2	107,5	107,9	108,5	108,8	109,7	110,4	110,8
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %												
Zu jeweiligen Preisen												
Privater Konsum ¹⁾	1,1	1,0	0,8	1,5	1,3	1,3	1,2	1,0	0,9	1,2	1,2	0,9
Staatskonsum	0,8	1,1	1,1	1,3	1,2	0,8	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	0,9	1,7	1,7	2,1	1,7	2,2	2,1	1,6	0,8	0,0	-0,2	-0,6
Bauten	0,8	1,4	1,7	2,0	1,2	2,1	1,2	1,0	0,9	-0,3	0,3	-0,1
Ausrüstungen	1,1	1,9	1,6	2,3	2,3	2,2	3,0	2,2	0,7	0,2	-0,6	-1,1
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inlandsnachfrage	0,8	1,2	0,9	1,7	1,4	1,3	1,4	1,4	1,0	0,3	0,8	0,4
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	-1,9	0,5	3,1	4,3	3,3	4,4	4,5	4,5	4,3	-1,2	0,7	0,0
Importe	-1,3	0,9	3,9	4,8	3,8	4,7	5,0	5,2	4,8	-3,7	0,9	-0,2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	1,0	0,7	1,5	1,3	1,3	1,3	1,2	0,9	1,2	0,8	0,5
Zu Preisen von 1995												
Privater Konsum ¹⁾	1,0	0,8	0,2	1,2	0,8	0,6	0,9	0,2	0,2	0,7	0,6	0,4
Staatskonsum	0,4	0,7	0,3	0,7	0,7	0,3	0,6	0,2	0,5	0,5	0,4	0,5
Anlageinvestitionen	0,4	2,2	0,8	1,8	1,6	1,2	1,1	0,9	-0,1	-0,4	-0,5	-0,9
Bauten	0,5	1,8	1,0	1,3	0,7	1,0	0,2	-0,1	0,0	-0,7	-0,3	-0,2
Ausrüstungen	0,3	2,6	0,7	2,2	2,5	1,4	2,1	2,0	-0,1	-0,1	-0,6	-1,4
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Inlandsnachfrage	0,7	0,9	0,2	1,3	1,0	0,3	1,1	0,7	0,5	-0,6	0,3	0,0
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Exporte	-0,7	1,0	2,6	3,2	2,6	2,8	3,2	3,2	3,1	-0,8	0,1	0,4
Importe	0,9	1,1	2,1	3,2	2,8	0,8	3,7	3,7	3,0	-3,5	0,7	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,9	0,4	1,3	0,9	1,0	0,9	0,6	0,6	0,4	0,0	0,2
Preisentwicklung (1995 = 100)												
Privater Konsum ¹⁾	0,1	0,1	0,6	0,3	0,5	0,7	0,3	0,8	0,6	0,5	0,6	0,5
Staatskonsum	0,4	0,3	0,7	0,5	0,5	0,5	0,3	0,6	0,4	0,6	0,6	0,4
Anlageinvestitionen	0,5	-0,5	0,8	0,4	0,1	1,0	0,9	0,7	0,9	0,4	0,3	0,3
Bauten	0,3	-0,4	0,8	0,7	0,4	1,1	1,0	1,1	0,9	0,4	0,6	0,2
Ausrüstungen	0,7	-0,6	0,9	0,0	-0,2	0,8	0,9	0,2	0,9	0,3	0,0	0,4
Inlandsnachfrage	0,1	0,2	0,7	0,4	0,4	1,1	0,3	0,7	0,5	0,8	0,6	0,4
Exporte	-1,2	-0,5	0,5	1,0	0,7	1,6	1,2	1,2	1,2	-0,4	0,6	-0,3
Importe	-2,2	-0,2	1,7	1,6	0,9	3,8	1,2	1,4	1,7	-0,2	0,2	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,1	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,6	0,3	0,8	0,7	0,3

¹⁾ Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Eurostat; nationale Statistiken; Berechnungen des DIW Berlin.

Beschäftigungsaufbau verlangsamt

Im Gefolge der konjunkturellen Eintrübung ist auch der Abbau der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen. Die Arbeitslosenrate lag im September 2001 bei 8,3%, sie hat sich damit seit Beginn des Jahres kaum verändert. Es ist bemerkenswert, dass der Anstieg der Arbeitslosenzahlen — verglichen mit der starken Verlangsamung in der Wirtschaftstätigkeit — bislang moderat blieb. Allerdings ist die Zahl der Arbeitslosen ein nachlaufender Indikator, so dass ausgeprägtere Anpassungen in der Beschäftigung wohl erst zum Ende des Jahres und zu Beginn des nächsten Jahres zu erwarten sind. Die Beschäftigungsausweitung hat sich deutlich verlangsamt. Nachdem im dritten Quartal des Jahres 2000 die Zahl der Beschäftigten noch gut 2% über dem Wert im gleichen Quartal des Vorjahres lag, war die Zunahme mit 1,5% im zweiten Quartal 2001 und 1,4% im dritten Quartal 2001 deutlich geringer.

Inflationsraten sinken

Von der Preisentwicklung gehen derzeit keine Stabilitätsgefahren aus. Nach den Preisschüben zu Ende des vergangenen Jahres (Ölpreise) und im Frühjahr 2001 (Lebensmittel) sinken die Inflationsraten im Euroraum seit Mai, als mit 3,4% im Vorjahresvergleich der stärkste Preisauftrieb verzeichnet wurde. Nach vorläufigen Zahlen von Eurostat betrug die Erhöhung des harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum im November 2001 nur noch 2,1%. Die vergleichsweise rasche Verringerung der Inflationsraten seit Mitte des Jahres ist der schwachen Nachfrage und der nach wie vor moderaten Lohnentwicklung zuzuschreiben. Entlastend wirkten in den vergangenen Monaten auch die stark sinkenden Preise für Kraft- und Heizstoffe.

Die Verlangsamung in der Preisentwicklung zeigt sich auch in der Entwicklung der Deflatoren. Nach einem Anstieg des BIP-Deflators von über 0,7% gegenüber dem Vorquartal in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres zeigt sich im dritten Quartal nur noch ein Anstieg von knapp 0,3%. Stärker als der BIP-Deflator ist der Deflator des privaten Konsums gestiegen, während der Deflator der Exporte deutlich negative Werte angenommen hat (-0,3%).

Nach Berechnungen des DIW Berlin stiegen die Lohnstückkosten im dritten Quartal 2001 um 2,8% gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres. Dies ist vor allem auf die konjunkturell bedingt schwache Produktivitätsentwicklung zurückzuführen, da die Beschäftigtenentwicklung bislang nur wenig auf die Verlangsamung des Wachstums reagiert hat.

Stärke des konjunkturellen Rückgangs von Land zu Land unterschiedlich

Die erheblichen Unterschiede, die zwischen den einzelnen Ländern im Hinblick auf die Stärke der konjunkturellen Abschwächung bestehen, sind durch den Grad der Außenhandelsabhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaften bedingt. So spüren die kleinen, offenen Volkswirtschaften wie Finnland und die Niederlande die von der Weltwirtschaft derzeit ausgehenden negativen Impulse besonders drastisch. Hier wurde das über mehrere Jahre anhaltende robuste Wachstum abrupt gestoppt: Beide Länder verzeichneten deutlich negative Wachstumsraten in einzelnen Quartalen des Jahres 2001.

Wegen seiner höheren Exportabhängigkeit ist Deutschland stärker betroffen als die zweitgrößte Volkswirtschaft des Euroraums, Frankreich. Der Offenheitsgrad Deutschlands liegt nennenswert über dem von Frankreich. Während der Anteil der Exporte am BIP für Deutschland im Jahre 2000 bei 33% lag, waren es dort nur 29%.

Außerdem ist von Bedeutung, in welchem Ausmaß die Industrie, und hier im Speziellen die Investitionsgüterindustrie und die IT-Industrie, zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Wieder zeigt sich, dass die Konjunkturabschwächung in Ländern mit höherem Beitrag der IT-Branche zur Industrieproduktion und zum BIP stärker ausfällt. So hat es in Finnland, in dem über 18% des verarbeitenden Gewer-

Abbildung 2

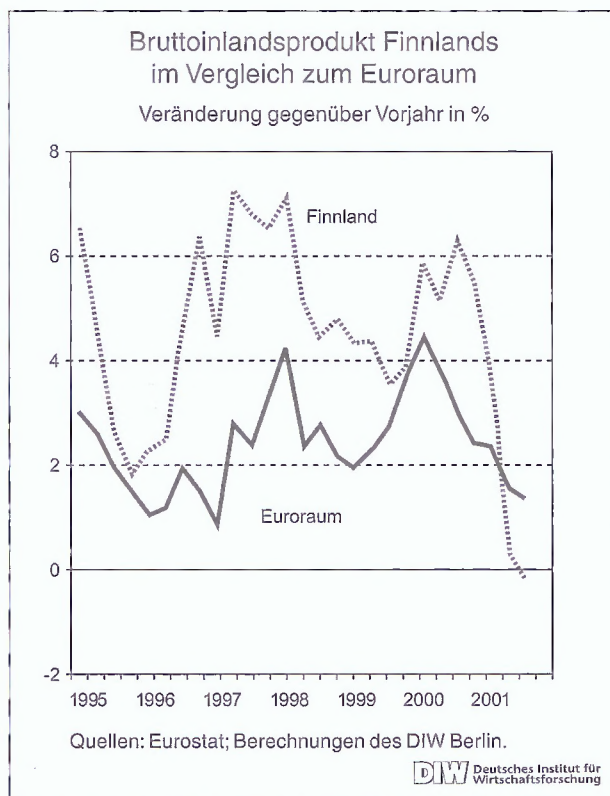
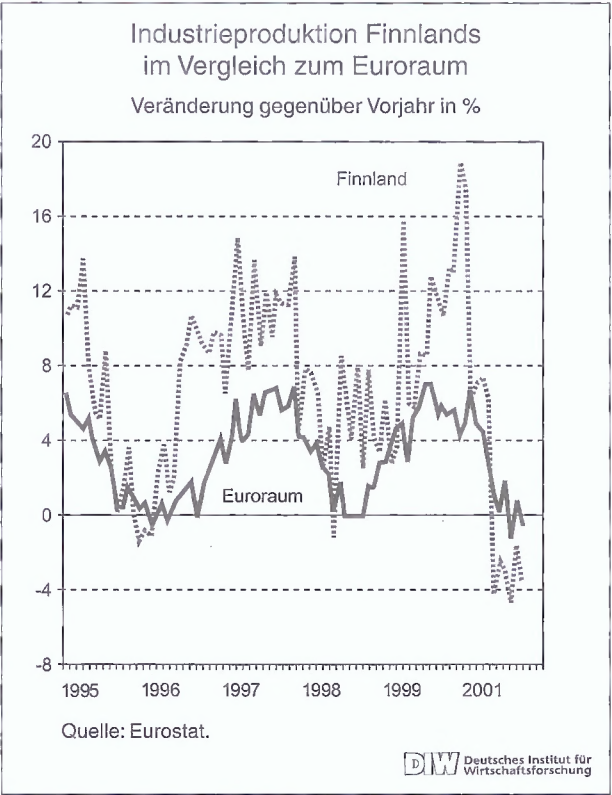


Abbildung 3



bes der IT-Industrie zuzurechnen sind, den stärksten Einbruch der Industrieproduktion und auch den stärksten Einbruch im gesamtwirtschaftlichen Wachstum gegeben (Abbildungen 2 und 3).

Keine Rezession

Vergleicht man die derzeitige Wachstumsabschwächung mit entsprechenden Phasen in den 90er Jahren, so stellt man fest, dass der derzeitige Abschwung nicht als Rezession bezeichnet werden kann. Er hat bislang noch nicht die Ausmaße des Abschwungs der Jahre 1992 und 1993 erreicht. Wie die Abbildung 1 zeigt, nahm das BIP für den Euroraum vom zweiten Quartal 1992 bis zum ersten Quartal 1993 ab, also über vier Quartale. Hingegen zeichnet sich ab, dass der derzeitige Abschwung stärker ist als der nach der Asienkrise 1998. Damals war die Abschwächung überwiegend auf die Entwicklung des Außenbeitrags zurückzuführen, während von der inländischen Nachfrage stabilisierende Impulse ausgingen. Derzeit spielt zwar das starke Nachlassen der Exporte auch eine Rolle. Wegen der erheblichen Verlangsamung des Welthandels und der starken Unsicherheit in der Einschätzung zukünftiger Märkte fällt der Export als Wachstumsmotor aus. Die derzeitigen Wachstumseinbußen sind

jedoch in stärkerem Maße auf die inländische Nachfrage, und hier insbesondere auf die Entwicklung der Investitionen, zurückzuführen. Anders als in der Rezession 1992/1993 wird derzeit das gesamtwirtschaftliche Wachstum durch den privaten Konsum – wenngleich schwach – gestützt, nicht zuletzt durch die Steuerreformen in vielen Ländern.

Ausblick

Wenig deutet im Moment auf eine rasche Überwindung der Wachstumsschwäche hin. Der Euro-Wachstumsindikator von acht führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten¹ signalisiert auf eine weitere Abschwächung hin, mit einem Wachstum von jeweils 0,7 % im vierten Quartal 2001 und im ersten Quartal 2002 gegenüber dem jeweiligen Quartal im Vorjahr (Abbildung 4).

Auf eine solche Entwicklung weisen auch die Vertrauensindikatoren hin. Sowohl das Vertrauen in der Industrie als auch das der Konsumenten verschlechtern

¹ <http://www.euro-frame.org>

Abbildung 4

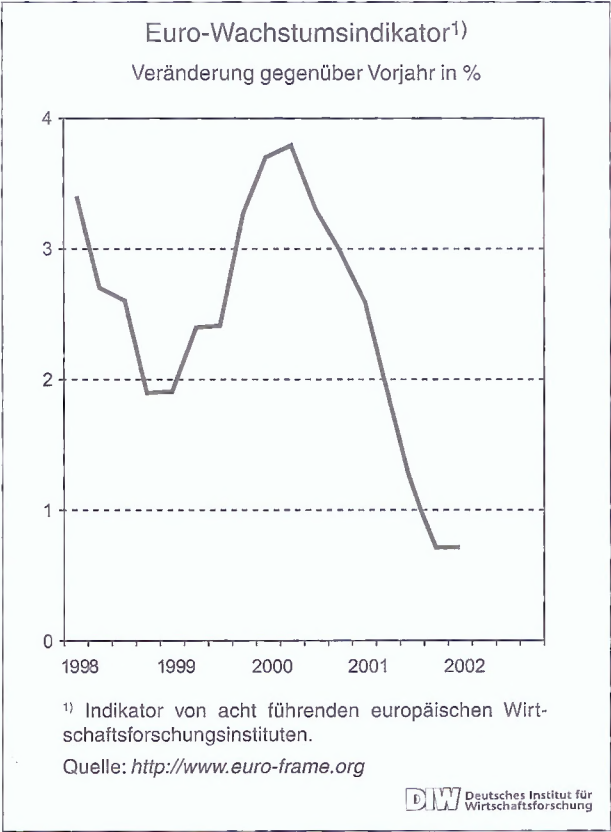
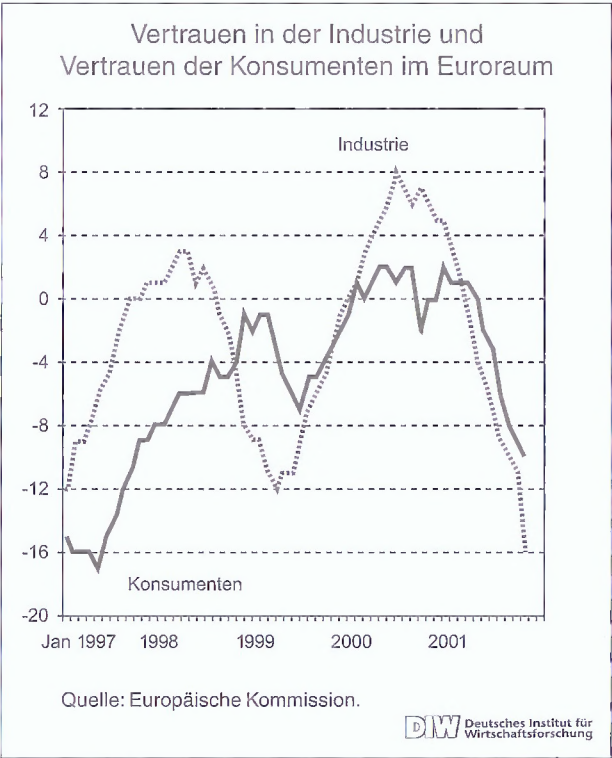


Abbildung 5



sich derzeit von Monat zu Monat (Abbildung 5). Eine konjunkturelle Erholung ist wohl erst dann zu erwarten, wenn es zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Belebung in den USA kommt.

Lohnzurückhaltung — ein Beitrag zu mehr Beschäftigung?

Deutschland und Frankreich im Vergleich

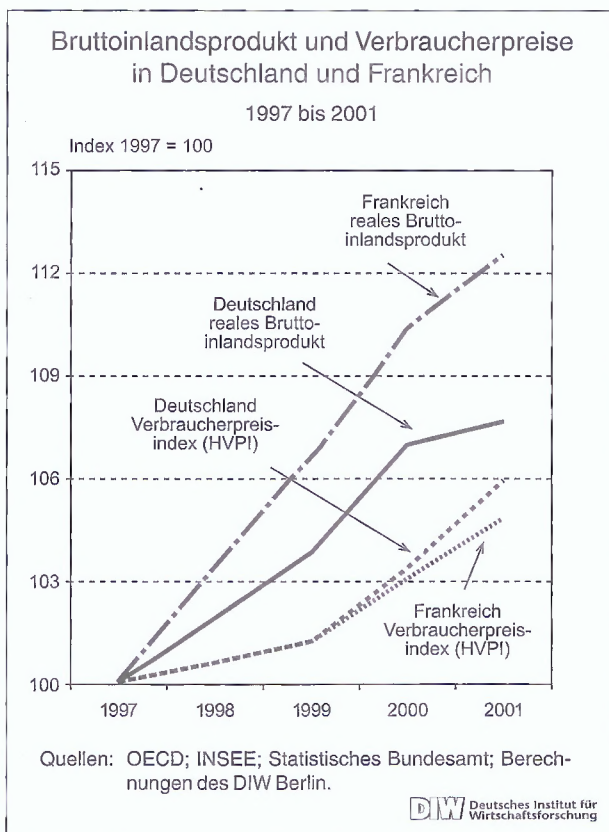
Frankreich ist in den letzten Jahren zu einem Musterschüler unter den großen europäischen Volkswirtschaften geworden. Das Land hat in dieser Zeit ein solides und beschäftigungsreiches Wachstum ohne Inflation erreicht. Deutschland dagegen weist für diese Zeit eine vergleichsweise ungünstige Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung auf. Dabei ist es nicht gelungen, eine niedrigere Inflation und geringere Defizite der öffentlichen Haushalte als Frankreich zu erzielen — im Gegenteil. Bei einem Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1997 bis 2001 von 12,6 % (Deutschland 7,7 %) nahm die Zahl der Erwerbstätigen in Frankreich mit knapp 8 % doppelt so rasch zu wie in Deutschland; gleichzeitig konnte die Arbeitslosenquote um etwa 4 Prozentpunkte, und damit doppelt so stark wie in Deutschland, gesenkt werden. Der Verbraucherpreisanstieg fiel dabei in Deutschland mit 5,9 % sogar stärker aus als in Frankreich mit 4,8 % (Abbildung 1 und Tabelle).

Eine ganze Palette von Gründen¹ ist bisher angeführt worden, um die Unterschiede zwischen der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Frankreich und der in Deutschland zu erklären: Unterschiede zwischen den Wachstumspotentialen, divergierende Investitionsverläufe, eine Wechselkursfestsetzung zugunsten Frankreichs, Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung. Die Geldpolitik kann nicht für die Divergenzen verantwortlich sein. Allerdings ist die Finanzpolitik in Frankreich seit 1997 expansiver ausgerichtet als in Deutschland.² Dies hat sicherlich zur Wachstumsdifferenz beigetragen. Im vorliegenden Bericht wird untersucht, welche Rolle die Lohnentwicklung gespielt hat.³

Lohnentwicklung, Arbeitskosten und Arbeitsvolumen

Die gesamtwirtschaftlichen Arbeitsentgelte (Einkommen aus unselbständiger Arbeit) haben sich seit Beginn

Abbildung 1



des letzten Aufschwungs in Deutschland und Frankreich recht unterschiedlich entwickelt. Stiegen sie in Frankreich im gesamten Zeitraum von Anfang 1997 bis Mitte 2001 kräftig und anhaltend, so stagnierten sie zunächst in Deutschland und erhöhten sich dann in einem deutlich langsameren Tempo; insgesamt war der Anstieg in Frankreich in diesem Zeitraum etwa doppelt so hoch (Abbildung 2).

Auch die beiden Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsentgelte, die durchschnittlichen Stundenarbeitskosten einerseits und das Stundenarbeitsvolumen andererseits, sind in Frankreich stärker gestiegen als in Deutschland. Der Rückgang des Stundenarbeitsvolumens im Jahre 2000 in Frankreich ist bedingt durch die Einführung der 35-Stunden-Woche.

¹ Vgl. etwa: Relative Euro-Area Growth Performances: Why are Germany and Italy Lagging Behind France? In: IMF: World Economic Outlook, November 2001, S. 26–27; Wachstumsunterschiede zwischen Deutschland und Frankreich. In: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, August 2001, S. 22–26.

² Vgl.: Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/2001.

³ Die Lohnbildungsprozesse dagegen werden hier nicht untersucht. Wie verschiedene Lohnbildungskonstellationen wirken, ist umstritten. So gibt es auch für die Behauptung, mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt — etwa aufgrund einer bestimmten Lohnbildungsform — führe zu mehr Lohnflexibilität und rascherer Beschäftigungsanpassung, keinen empirischen Befund. Vgl. OECD: Employment Outlook, Nr. 6/1999, Kap. 2; L. Cadiou und S. Guichard: La diversité des marchés du travail en Europe: Quelle conséquences pour l'Union Monétaire. In: CEPIL, Diskussionspapier, Nr. 10/1999.

Wirtschaftliche Indikatoren für den Euroraum, Deutschland und Frankreich

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr¹⁾

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Index 2001 1997 = 100
Euroraum											
Bruttoinlandsprodukt	1,6	-0,8	2,3	2,2	1,4	2,3	2,9	2,7	3,4	1,5	110,9
Inlandsnachfrage											
Privater Konsum	2,0	-0,8	1,4	1,8	1,6	1,6	3,1	3,2	2,7	1,9	111,3
Staatskonsum	3,3	1,5	1,2	0,7	1,7	1,3	1,2	2,2	1,9	1,6	107,0
Anlageinvestitionen	0,6	-6,1	2,4	2,4	1,2	2,3	5,1	5,5	4,4	0,1	115,9
Exporte	3,1	0,8	9,0	7,9	4,3	10,5	7,2	5,1	11,8	3,3	130,1
Importe	3,1	-4,1	8,4	7,6	3,1	9,1	9,8	7,1	10,5	2,1	132,7
Erwerbstätige	-0,9	-1,8	-0,3	0,5	0,3	0,8	1,7	1,8	2,2	1,5	107,4
Erwerbsbevölkerung	0,1	0,1	0,5	0,2	0,6	0,8	1,0	0,8	1,1	0,8	103,8
Lohnstückkosten	5,1	3,1	0,2	1,7	1,9	0,7	0,1	1,3	1,0	1,6	104,1
Verbraucherpreise (HVPI)	3,6	3,2	2,7	2,5	2,3	1,6	1,2	1,1	2,4	2,7	107,5
Standardisierte Arbeitslosenquote	9,1	10,8	11,5	11,2	11,5	11,5	10,8	10,0	8,9	8,4	
Deutschland											
Bruttoinlandsprodukt	2,2	-1,1	2,3	1,7	0,8	1,4	2,0	1,8	3,0	0,7	107,7
Inlandsnachfrage											
Privater Konsum	2,7	0,1	1,0	2,0	1,0	0,6	1,8	3,1	1,5	1,6	108,2
Staatskonsum	5,0	0,1	2,4	1,5	1,8	0,4	1,2	1,6	1,2	1,3	105,4
Anlageinvestitionen	4,5	-4,5	4,0	-0,7	-0,8	0,6	3,0	4,2	2,3	-2,7	106,7
Exporte	-0,8	-5,5	7,6	5,7	5,1	11,2	6,8	5,6	13,2	4,7	133,8
Importe	1,5	-5,5	7,4	5,6	3,1	8,3	8,9	8,5	10,0	2,3	132,9
Erwerbstätige	-1,5	-1,4	-0,2	0,2	-0,3	-0,2	1,1	1,2	1,6	0,1	104,1
Erwerbsbevölkerung	-0,6	0,0	0,3	-0,1	0,4	0,8	0,5	0,5	0,8	0,4	102,2
Lohnstückkosten	6,4	3,8	0,5	2,1	0,2	-0,7	0,2	0,6	-0,1	1,5	102,2
Verbraucherpreise (HVPI)					1,2	1,5	0,6	0,6	2,1	2,5	105,9
Standardisierte Arbeitslosenquote	6,6	7,9	8,4	8,2	8,9	9,9	9,3	8,6	7,9	7,9	
Frankreich											
Bruttoinlandsprodukt	1,5	-1,0	2,0	1,7	1,1	1,9	3,5	3,0	3,5	2,0	112,6
Inlandsnachfrage											
Privater Konsum	0,9	-0,5	1,1	1,2	1,3	0,2	3,5	3,1	2,8	2,8	112,8
Staatskonsum	3,6	4,1	0,7	-0,2	2,3	2,1	-0,1	2,0	2,3	2,2	106,6
Anlageinvestitionen	-1,5	-6,5	1,5	1,9	0,0	0,0	7,2	6,2	6,2	2,7	124,1
Exporte	5,4	-0,1	7,7	7,6	3,5	11,8	8,4	3,9	13,4	2,2	130,5
Importe	1,9	-3,8	8,3	7,8	1,6	6,9	11,9	4,2	15,2	1,4	136,1
Erwerbstätige	-0,6	-1,2	0,1	0,8	0,1	0,5	1,4	1,8	2,3	2,2	107,9
Erwerbsbevölkerung	0,4	0,3	0,7	0,1	1,0	0,7	0,6	0,7	0,6	0,5	102,4
Lohnstückkosten	1,9	2,2	-0,1	1,1	1,1	1,1	-0,2	1,0	0,8	1,0	102,7
Verbraucherpreise (HVPI)	2,4	2,2	1,7	1,8	2,1	1,3	0,7	0,6	1,8	1,7	104,8
Standardisierte Arbeitslosenquote	10,4	11,7	12,3	11,7	12,3	12,3	11,8	11,2	9,5	8,6	

¹⁾ Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote.

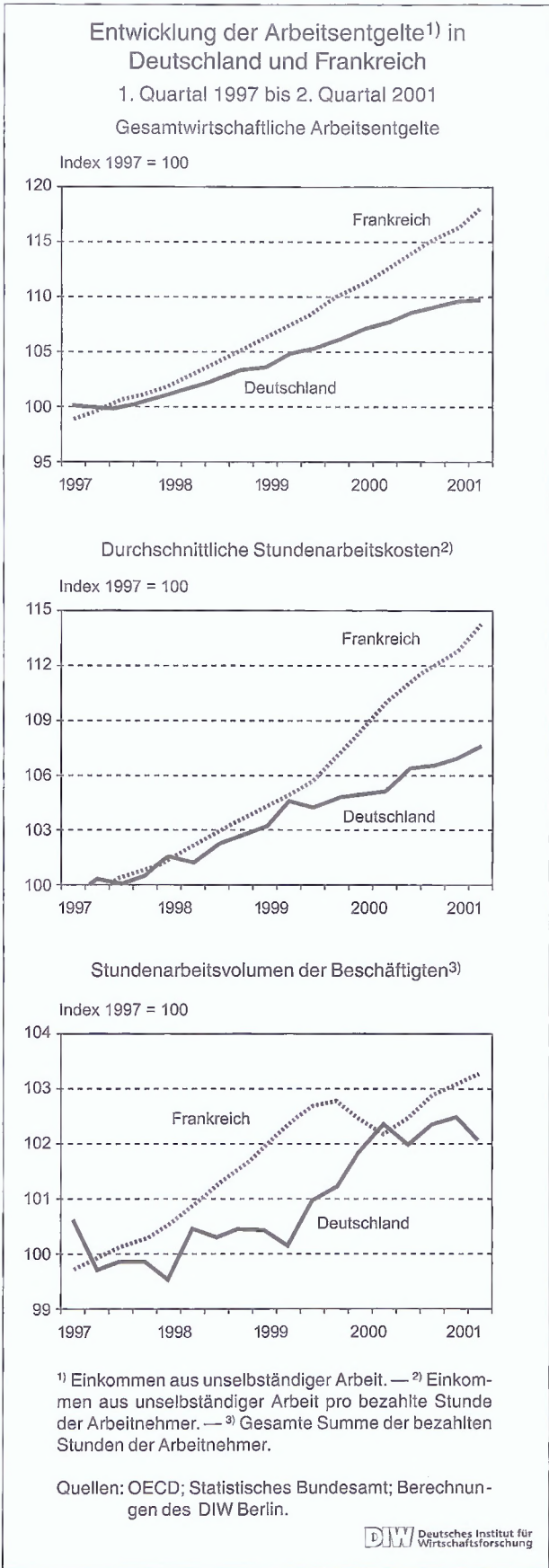
Quellen: OECD; Europäische Kommission; INSEE; Statistisches Bundesamt; Prognose 2001 für den Euroraum und Deutschland: Herbstgutachten 2001 der Institute.

Unterschiedliche Nutzung der Verteilungsspielräume in Frankreich und Deutschland

Der für Lohnerhöhungen zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum ergibt sich aus dem trendmäßigen Produktivitätszuwachs und einem Referenzwert für die Infla-

tionsrate. Die Verwendung der *trendmäßigen* Produktivitätszuwächse ist wichtig, um konjunkturelle Überzeichnungen im Aufschwung wie auch Unterschätzungen im Abschwung zu vermeiden. Setzt man den Inflationsreferenzwert — entsprechend dem von der Geldpolitik angestrebten Wert für den Anstieg des harmonisierten Ver-

Abbildung 2



braucherpreisindex (HVPI) — vorsichtig mit 1,5 % an, so ergibt sich für Deutschland, Frankreich und die EWU insgesamt ein mittelfristiger lohnpolitischer Verteilungsspielraum für die 90er Jahre von 2,7 bis 3 % (Abbildung 3). In Deutschland ist der Verteilungsspielraum in der ersten Hälfte der 90er Jahre, vor allem unmittelbar nach der Wiedervereinigung, stark überzogen worden. Dies hat dazu beigetragen, dass viele Betriebe in Ostdeutschland schließen oder ihren Personalbestand stark reduzieren mussten. Die Folgezeit — bis Ende 1997 — war von großer Lohnzurückhaltung geprägt. Seither wird der Verteilungsspielraum wieder zunehmend stärker ausgeschöpft. In Frankreich wurde der Verteilungsspielraum — ähnlich wie in der EWU insgesamt — weitgehend und stetig genutzt.

Lohn, privater Konsum, Investitionen und Wirtschaftswachstum

Umstritten ist, welche Rolle die Lohnentwicklung für Konsum, Investitionen, Wachstum und Beschäftigung spielt. Wirkt Lohnzurückhaltung wachstumsanregend oder -bremsend (vgl. Kasten)? Zwischen realem privaten Konsum und Wirtschaftswachstum zeigt sich mittelfristig sowohl für Frankreich als auch für Deutschland ein deutlicher Zusammenhang (Abbildung 4). Dieser ist in Frankreich wegen der stetigeren Ausschöpfung des Verteilungsspielraumes besonders eng. Insgesamt sind beide Größen in Frankreich rascher gestiegen als in Deutschland. Dabei ist übrigens der Mindestlohn in Frankreich, der für Lohnempfänger mit besonders hoher marginaler Konsumneigung relevant ist, zu Beginn der Aufschwungsperiode überdurchschnittlich, im späteren Verlauf jedoch unterdurchschnittlich gestiegen (Abbildung 5).

Aber nicht nur der Konsum, sondern auch die Bruttoanlageinvestitionen (Tabelle) stiegen in Frankreich aufgrund der günstigeren Absatzaussichten erheblich rascher; dabei war die Dynamik bei den Investitionen sogar noch größer. Ein Hinweis auf eine konsum- und investitionsfördernde Wirkung von Lohnzurückhaltung findet sich hier also nicht. Dies zeigt auch ein Vergleich der Entwicklung von Gewinn- und Investitionsquoten (Abbildung 6).

Lohn- und Gewinnquote, d. h. der Anteil der Löhne bzw. der Gewinne am Bruttoinlandsprodukt, sind zueinander komplementär: Bei fallender Lohnquote steigt die Gewinnquote entsprechend. Die Lohnzurückhaltungsthese besagt nun in einer ihrer Formulierungen, dass — aufgrund von Lohnzurückhaltung — bei steigender Gewinnquote auch die Investitionsquote entsprechend steigt und dies zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt. Betrachtet man die tatsächliche Entwicklung von Gewinn-, Investitions- und Arbeitslosenquote für Frankreich und Deutschland, so zeigt sich ein anderes Bild: In Deutsch-

Lohnpolitische Zurückhaltung als beschäftigungspolitisches Stimulans?

Häufig wird behauptet, Lohnzurückhaltung führe zu mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit.¹ In einem solchen — neoklassischen — Szenario führt Lohnzurückhaltung² zu einer Reduzierung/Verlangsamung des Reallohnanstiegs und damit zu Wettbewerbsvorteilen. In der Folge würden inländische Unternehmen mehr exportieren und/oder Teile des Binnenmarktes zurückgewinnen. Aufgrund der so verbesserten Geschäftslage würden sie dann mehr Arbeitskräfte einstellen. Eine weitere Anregung ergäbe sich bei den Investitionen. Durch die relative Verringerung der Arbeitskosten im Verhältnis zu den Kapitalkosten würde die Einstellung von Arbeitskräften attraktiver, und der Gewinn stiege stärker, so dass zusätzlich investiert würde. Hierdurch wiederum würden zusätzliche Produktionskapazitäten geschaffen, die zu mehr Beschäftigung in der Zukunft führten. Mit der so geschaffenen Beschäftigung würde die Nachfrage angeregt, und es käme zu einer positiven Rückkoppelung.

Für ein kleines, extrem außenhandelsabhängiges Land wie die Niederlande lässt sich zeigen, dass eine durch Lohnzurückhaltung bedingte Verbesserung der Wettbewerbsposition auch auf die inländische Beschäftigung durchschlägt.³ Doch für große Länder wie Frankreich und Deutschland gilt primär das, was aus keynesianischer Sicht⁴ eine Lohnzurückhaltung — im Extremfall eine Senkung der Nominallohne — trotz außenwirtschaftlicher Erfolge scheitern lässt:

Mit der Lohnsenkung sinken zwar *uno actu* die Lohnstückkosten. Sofern aber die Absatzpreise zunächst unverändert bleiben, sinkt bald danach mit der Verminderung der Realeinkommen auch der reale Konsum, also die Absatzmenge der Unternehmen. Zwar nehmen mit dem Rückgang der Lohnstückkosten bei unveränderten Absatzpreisen die Gewinnspannen je Absatzeinheit zu; aber die Gewinnsumme, also das Produkt von Gewinnspanne und Absatzmenge — und auf diese allein kommt es beim Expansionsprozess an —, wird sich bei geschrumpfter Absatzmenge nicht erhöhen. Deshalb liegt es für die Anbieter nahe, ihre Absatzpreise zu senken, um ihren Marktanteil zu erhöhen. Ein einzelnes Unternehmen kann auf diese Weise im günstigen Falle, nämlich bei hoher Preiselastizität der Nachfrage nach seinen Produkten, so viel mehr Produkte absetzen, dass es trotz der Rückkehr zur ursprünglichen, niedrigeren Gewinnspanne einen absoluten Mehrgewinn erzielt. Da jedoch alle oder die meisten Unternehmen diesen Weg gehen werden, ist die Aussicht auf einen zusätzlichen Mengenabsatz und eine zusätzliche Gewinnsumme für die Gesamtheit der Unternehmen äußerst gering: Der reale Absatz wird durch die Preissenkung zwar angeregt, es ist aber unwahrscheinlich, dass der Mehrabsatz die inzwischen eingetretene Reduktion der Gewinnspanne überkompensiert. Es wird also keine zusätzlichen Gewinne geben, die in Sachkapital und Arbeitsplätze investiert werden könnten.

Wenn die privaten Haushalte trotz der Reallohnsenkung ihren Konsum mit Zugriff auf ihre Ersparnis aufrechterhalten, würde die Gewinnsumme zunehmen. Es kann aber nicht damit gerechnet werden, dass dieser Mehrgewinn sich in zusätzlichen Investitionen und damit Arbeitsplätzen niederschlägt, da die Absatzerwartungen höchst ungewiss sind.

Als wirtschaftspolitische Schlussfolgerung ergibt sich im neoklassischen Szenario die Forderung nach einer Senkung bzw. einem geringeren Anstieg der Arbeitskosten im weitesten Sinne, die mit einer nur teilweisen Nutzung des Verteilungsspielraumes verbunden ist. Diese Strategie impliziert somit eine ständige Umverteilung zulasten der Lohnneinkommen, solange Arbeitslosigkeit besteht. Aus keynesianischer Sicht sollte der Verteilungsspielraum dagegen voll ausgeschöpft werden; ein Überschreiten dieses Spielraumes ist dabei ebenso unerwünscht wie eine unzureichende Nutzung.

¹ Unter dem Postulat der Lohnzurückhaltung wird zumeist ein Zurückbleiben der Zunahme der Nominallohne hinter der Summe aus mittelfristigem Produktivitätszuwachs und dem normativen Preisanstieg — im gegebenen Fall dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank — verstanden.

² Vgl. z. B.: Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom Herbst 1997, S. 41 ff., und vom Frühjahr 1998, S. 42 ff.; Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2001/02, Mehrheits- und Minderheitsvoten §§ 404–406.

³ Vgl.: Die Niederlande: Beschäftigungspolitisches Vorbild? Bearb.: Reinhard Pohl und Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/1997.

⁴ Vgl. Silke Tober: Lohnzurückhaltung als Mittel zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit? Eine Analyse vor dem Hintergrund der Mehrheits- und Minderheitsvoten in den Gutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. In: IWH-Diskussionspapier, Nr. 77, August 1998; Sachverständigenrat, a. a. O., Mehrheits- und Minderheitsvoten §§ 432–433.

Abbildung 3

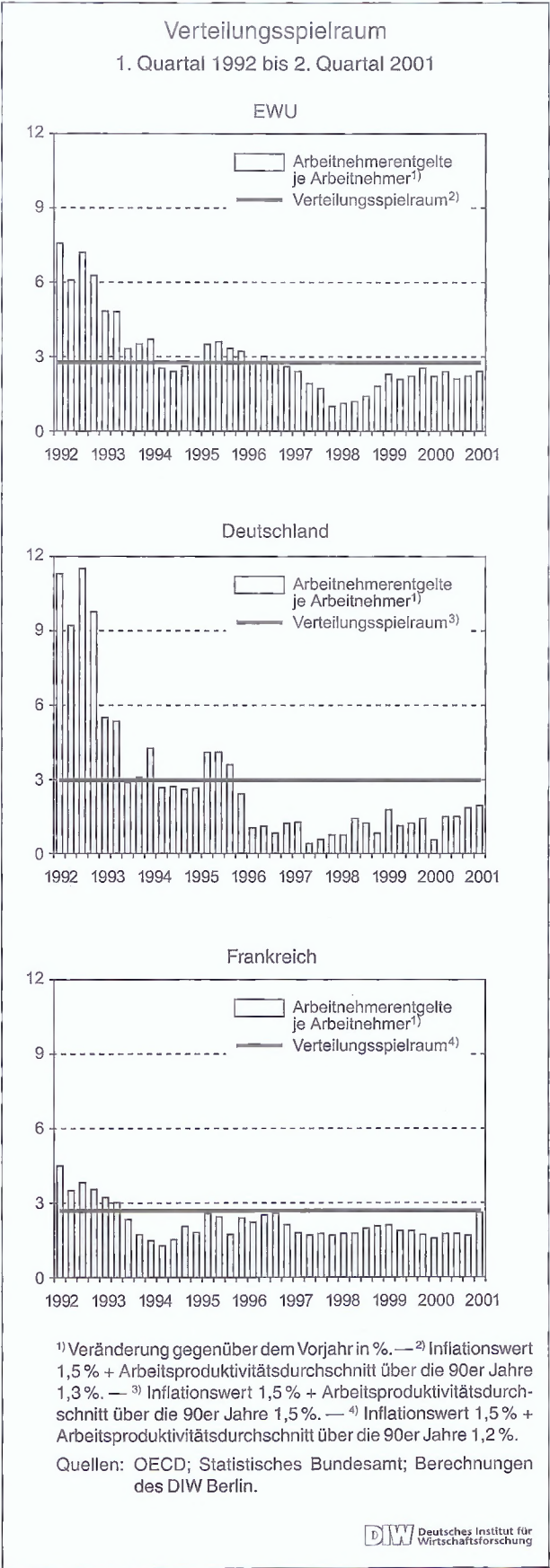
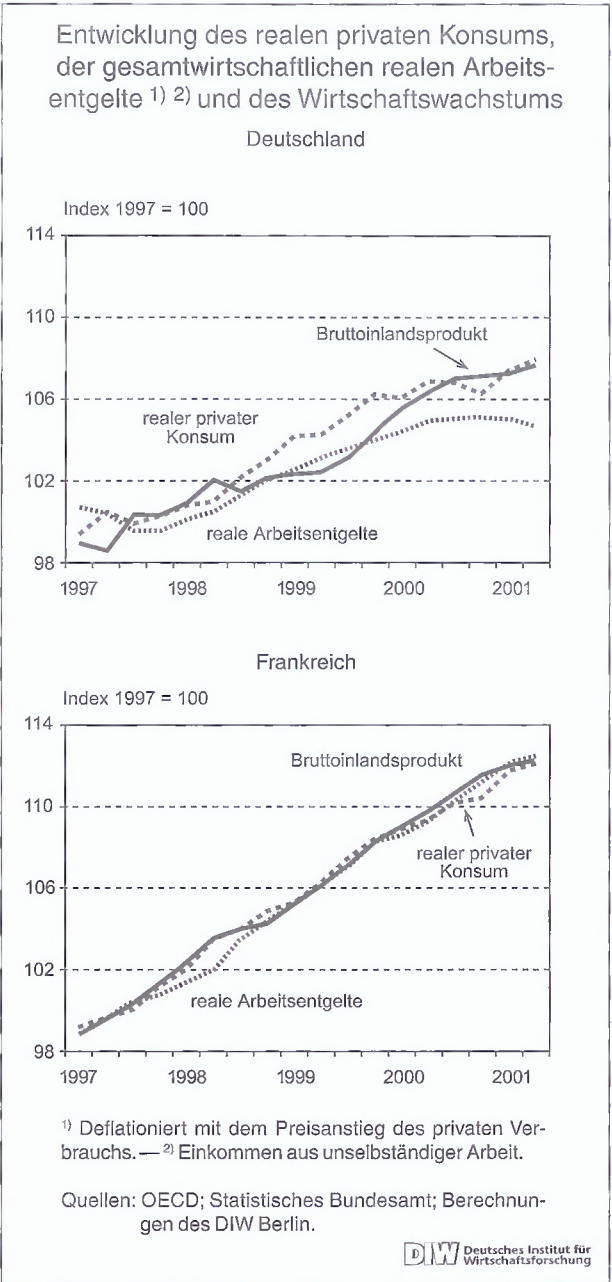
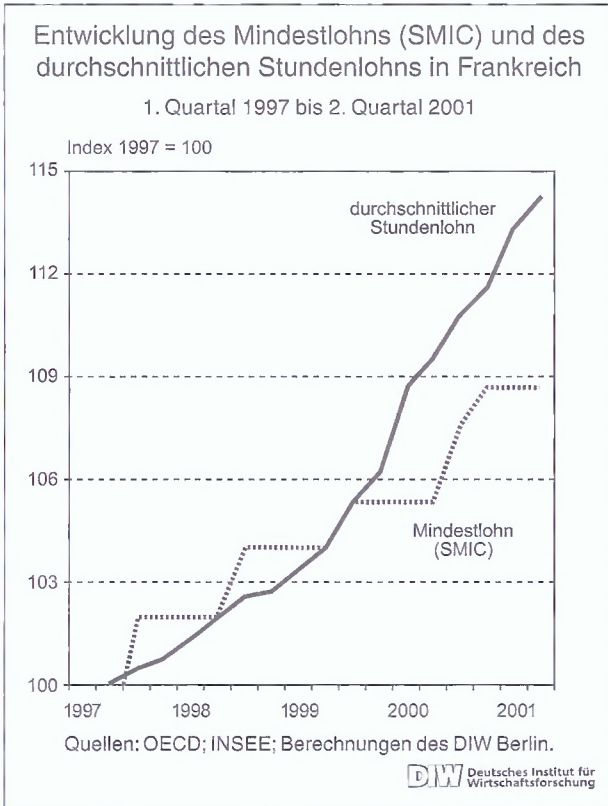


Abbildung 4



land lag die Gewinnquote Ende der 90er Jahre deutlich höher als zuvor, während die Investitionsquote niedriger war als in der ersten Hälfte der 90er Jahre. In Frankreich hat die Gewinnquote vergleichsweise wenig geschwankt. In den letzten Jahren ist sie leicht gesunken; die Investitionsquote ist aber etwas gestiegen. Gewinne und Investitionen laufen also in beiden Ländern nicht parallel. Ein Teil der Gewinne wird nicht dazu genutzt, Produktionsmöglichkeiten zu erweitern und Personal einzustellen (nicht investierte Gewinne). Es zeigt sich ein gewisser Gleichlauf zwischen der Entwicklung der Quote der nicht inves-

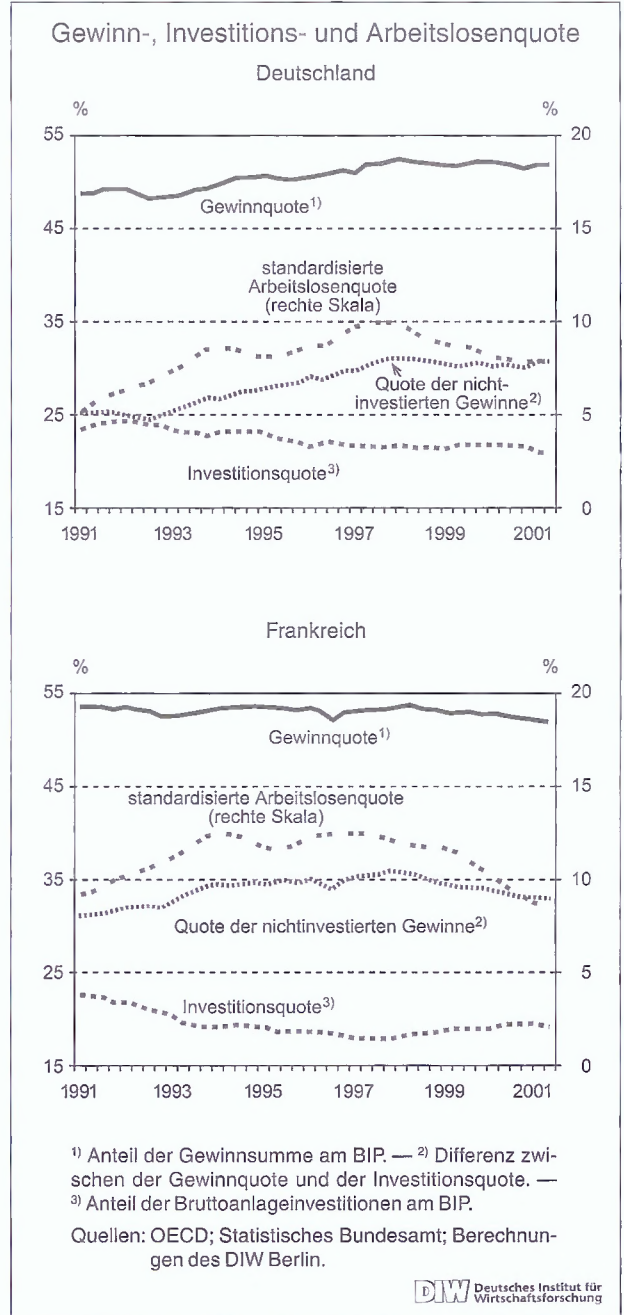
Abbildung 5



tierten Gewinne, die sich als Differenz von Gewinnquote und Investitionsquote ergibt, und der Entwicklung der Arbeitslosenquote. In Deutschland ging bei einer Ende der 90er Jahre annähernd stagnierenden Quote der nicht investierten Gewinne die Arbeitslosigkeit nur relativ wenig, in Frankreich dagegen bei leicht fallender Quote merklich rascher zurück. Auch bei vorsichtiger Interpretation lässt sich hieraus zumindest keine Bestätigung der Lohnzurückhaltungsthese ableiten.

Insgesamt ist die Binnennachfrage in Frankreich wesentlich schneller gestiegen als in Deutschland (Abbildung 7).⁴ Die These, durch Lohnzurückhaltung könnte man international so wettbewerbsfähig werden, dass der Mangel an Binnennachfrage durch eine relativ höhere Auslandsnachfrage kompensiert wird, wird durch den Vergleich von Frankreich und Deutschland nicht gestützt. Die Exportentwicklung war in beiden Ländern ähnlich. Zwar leidet auch Frankreich gegenwärtig unter den weltweiten Konjunkturproblemen. Dennoch zeigen die soeben veröffentlichten Daten für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal dieses Jahres gegenüber dem Vorquartal (+0,5 % gegenüber -0,1 % für Deutschland), dass es hier bisher gelang,⁵ einen ähnlich dramatischen Einbruch wie in Deutschland zu verhindern.

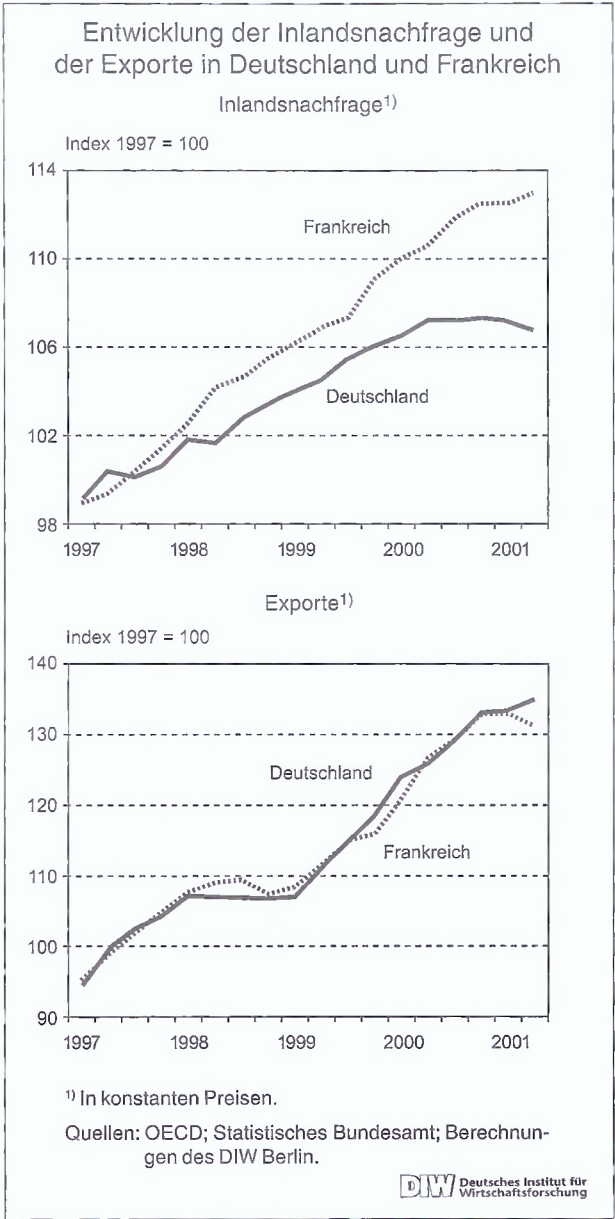
Abbildung 6



⁴ Dies stellt auch die Deutsche Bundesbank in einem Vergleich fest: „Die Wachstumsdivergenzen ... haben ihren Ursprung vor allem in unterschiedlichen zyklischen Verläufen bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen sowie beim privaten Konsum“ (vgl. Deutsche Bundesbank, a. a. O., S. 23). Auch wenn man eine gewisse Sondersituation beim Bau nach der deutschen Vereinigung berücksichtigt, kann die weitere Feststellung: „In Frankreich fiel die Kontraktion der Ausrüstungsinvestitionen zu Beginn der neunziger Jahre deutlich milder aus“ (a. a. O., S. 24) kaum eine Begründung dafür sein, dass sich im letzten Aufschwung die Ausrüstungsinvestitionen in Frankreich erneut deutlich günstiger entwickelten.

⁵ Vgl. zu den Maßnahmen der Wirtschaftspolitik in Frankreich: Erfolgreiche Beschäftigungspolitik in Frankreich, a. a. O.

Abbildung 7



Fazit

Die Untersuchung zeigt für Frankreich im Vergleich zu Deutschland beeindruckende Wachstums- und Beschäftigungserfolge. Zu dieser erfolgreichen wirtschaftspolitischen Strategie gehörte auch eine Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum stärker als in Deutschland ausschöpfte und die Investitionen und den privaten Konsum kräftig anregte, ohne dass es zu einer höheren Inflation kam. Entscheidend ist, dass — im Rahmen der einheitlichen europäischen Geldpolitik — die nationale Finanz- und Lohnpolitik zusammenwirken. Die Beschäftigungseffekte können durch eine effiziente Arbeitsmarktpolitik noch gesteigert werden.⁶

Nachdem in der ersten Hälfte der 90er Jahre, vor allem als Folge der Wiedervereinigung, der Verteilungsspielraum in Deutschland erheblich überschritten worden war, wurde er danach deutlich weniger ausgeschöpft als in Frankreich. Die Tatsache, dass sich das nicht in der Beschäftigungsentwicklung niederschlägt, nährt starke Zweifel an der Richtigkeit der These von der Lohnzurückhaltung.

⁶ Vgl. Camille Logeay und Joachim Volz: Unterbeschäftigung im Euroraum: Unzureichendes Wachstum bleibt das Kernproblem. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 9/2001, S. 560.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50,—.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50,—.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

EWU: Weiterhin Wachstumsschwäche, aber keine Rezession

Bearbeitet von Kirsten Lommatzsch und Katja Rietzler

Lohnzurückhaltung — ein Beitrag zu mehr Beschäftigung? Deutschland und Frankreich im Vergleich

Bearbeitet von Camille Logeay und Joachim Volz

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

	Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang (Volumen) ²⁾													
					Verarbeitendes Gewerbe						Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
	in 1000				1995 = 100													
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	4 114		443		108,9		101,3		122,5		106,1		115,1		94,4		100,3	
F	4 110	4 112	447	444	107,6	108,1	99,2	100,3	122,7	122,0	103,5	105,2	115,2	114,6	92,8	93,1	98,4	99,3
M	4 091		452		107,9		100,6		120,9		106,0		113,5		91,9		99,2	
A	4 094		450		110,5		101,4		126,8		107,4		117,1		94,8		102,1	
M	4 110	4 101	446	449	108,1	109,9	99,3	101,1	123,8	125,8	104,7	106,7	115,0	117,1	92,5	94,9	99,6	99,8
J	4 109		447		111,2		102,5		126,8		107,8		119,1		97,2		97,8	
J	4 102		453		112,7		102,7		130,7		110,4		119,6		96,2		100,5	
A	4 098	4 101	458	456	116,3	115,0	104,9	103,9	136,8	134,8	111,7	111,5	126,4	123,7	97,4	97,3	100,6	99,9
S	4 096		465		116,0		104,3		136,9		112,4		125,2		98,3		98,7	
O	4 086		473		116,8		106,6		135,3		114,0		125,3		98,6		100,5	
N	4 057	4 066	479	476	118,8	117,3	106,8	106,2	140,5	137,3	116,4	115,4	127,0	125,0	100,5	99,2	102,5	100,5
D	4 012		486		116,3		105,3		136,1		115,9		122,7		98,3		98,5	
2000 J	3 986		487		118,6		105,7		142,0		114,8		129,0		98,8		98,8	
F	3 958	3 976	490	489	122,5	121,7	109,1	107,6	146,6	147,3	119,3	117,9	132,6	132,5	102,2	101,5	101,0	100,1
M	3 952		492		124,1		107,9		153,3		119,6		136,0		103,5		100,4	
A	3 934		503		124,9		110,2		151,4		119,7		138,0		103,3		99,3	
M	3 899	3 917	515	508	126,7	126,2	111,9	111,2	153,1	153,0	122,5	121,2	138,8	139,1	103,8	102,9	101,0	100,8
J	3 881		521		126,9		111,6		154,5		121,4		140,6		101,5		101,9	
J	3 864		526		126,6		110,6		155,5		120,8		140,5		103,0		100,8	
A	3 847	3 855	528	527	125,8	126,4	109,7	110,2	154,8	155,6	121,1	121,2	138,2	139,4	103,6	103,3	101,3	102,1
S	3 825		531		126,9		110,3		156,6		121,8		139,4		103,4		104,2	
O	3 802		532		128,6		110,3		161,6		121,4		143,9		104,5		102,7	
N	3 796	3 802	533	532	128,3	129,9	110,6	111,5	160,2	163,2	119,6	121,0	145,5	147,3	103,4	104,5	101,0	103,1
D	3 790		534		132,9		113,5		167,8		121,9		152,5		105,6		105,5	
2001 J	3 796		533		129,4		111,7		161,0		121,8		144,8		105,7		104,0	
F	3 803	3 799	535	534	127,1	127,3	109,8	110,7	158,2	157,1	118,8	119,1	143,1	143,1	102,7	103,4	102,7	103,0
M	3 807		534		125,4		110,7		152,0		116,9		141,4		101,8		102,4	
A	3 811		524		122,9		106,9		151,5		116,5		135,9		101,0		103,0	
M	3 830	3 822	510	518	125,2	123,6	107,0	106,0	158,2	155,3	116,6	116,1	140,9	137,7	102,6	102,0	103,5	103,6
J	3 846		504		122,7		104,1		156,0		115,2		136,3		102,3		104,2	
J	3 857		496		121,9		105,6		151,2		113,7		135,9		101,9		103,9	
A	3 861	3 862	493	495	121,1	120,6	106,0	105,3	148,3	148,2	113,0	112,4	135,3	134,8	101,5	101,1	102,6	101,9
S	3 888		490		118,8		104,2		145,2		110,4		133,4		99,8		99,2	
O	3 919		483		116,9		102,3		143,4		110,3		128,6		99,6		102,4	
N	3 939		474															
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

	Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe		Produktion ²⁾										Umsätze des Einzelhandels		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾			
			Verarbeitendes Gewerbe		Investitionsgüterproduzenten		Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten		Bauhauptgewerbe				Ausfuhr		Einfuhr	
	in 1000		1995 = 100										1995 = 100		Mrd. DM			
	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1999 J	6 407		109,9		115,8		99,6		102,7		89,1		100,2		78,7		66,8	
F	6 401	6 402	108,4	109,2	115,0	115,2	96,9	98,4	102,4	102,9	82,4	86,4	99,2	100,9	79,3	236,8	69,6	205,3
M	6 393		109,2		114,7		98,7		103,5		87,8		103,2		78,7		68,9	
A	6 372		111,3		118,6		99,9		103,4		89,8		99,4		80,9		70,1	
M	6 366	6 372	108,0	110,1	114,0	117,0	96,0	99,5	101,9	102,6	85,0	87,9	97,7	99,7	79,2	241,4	71,2	211,9
J	6 362		111,1		118,5		102,5		102,4		88,8		102,1		81,4		70,5	
J	6 356		110,9		117,3		100,0		103,5		87,7		101,8		83,3		72,2	
A	6 354	6 356	112,6	112,1	120,2	118,9	103,6	102,0	103,8	103,8	87,8	88,0	100,4	100,7	84,0	252,5	74,1	220,5
S	6 355		112,8		119,2		102,5		104,0		88,3		99,9		85,2		74,2	
O	6 354		113,2		120,9		102,4		104,6		88,1		101,9		83,1		73,3	
N	6 354	6 354	114,1	113,4	121,6	120,4	105,1	103,9	104,9	104,4	86,9	87,2	101,9	102,3	87,9	258,0	75,9	223,0
D	6 355		112,8		118,8		104,3		103,8		86,4		103,2		87,1		73,8	
2000 J	6 349		114,1		123,3		102,5		103,4		85,8		100,6		89,2		79,7	
F	6 351	6 352	116,6	115,7	126,0	125,5	106,3	104,1	104,5	104,1	90,4	87,6	105,0	102,2	90,3	273,3	78,8	242,6
M	6 355		116,6		127,1		103,6		104,3		86,6		100,9		93,7		84,1	
A	6 366		117,3		127,4		105,1		105,5		85,4		103,1		92,6		82,0	
M	6 372	6 367	120,6	118,8	132,5	129,8	109,8	106,0	106,6	106,3	88,3	85,7	105,7	103,4	96,6	286,3	86,8	255,1
J	6 375		118,5		129,6		103,0		106,7		83,4		101,5		97,1		86,4	
J	6 380		120,1		132,1		106,9		105,8		83,4		101,3		97,1		88,0	
A	6 384	6 381	119,9	120,3	132,1	133,1	104,4	105,7	105,6	105,9	84,2	83,3	104,4	103,5	98,1	295,0	89,0	267,3
S	6 385		121,0		135,2		105,8		106,3		82,3		104,8		99,8		90,4	
O	6 390		121,4		133,9		108,7		106,9		80,8		102,3		105,7		94,3	
N	6 395	6 392	121,7	122,6	135,4	136,6	105,5	107,3	106,0	106,7	82,7	82,5	103,8	102,6	102,3	313,3	94,8	287,3
D	6 399		124,8		140,6		107,7		107,2		83,9		101,8		105,2		98,2	
2001 J	6 411		123,3		138,3		110,5		106,5		79,5		106,3		104,2		92,4	
F	6 414	6 410	122,4	122,7	137,1	137,6	107,6	109,4	106,7	106,4	77,9	77,5	101,4	104,3	105,4	312,9	94,9	276,5
M	6 413		122,5		137,4		110,3		106,1		75,1		105,1		103,3		89,1	
A	6 414		120,5		134,8		108,4		104,9		73,7		105,0		105,6		94,6	
M	6 409	6 410	120,1	120,6	133,8	134,7	106,4	108,4	105,0	105,0	74,4	74,6	104,9	105,4	104,3	314,9	89,2	276,8
J	6 401		121,2		135,5		110,3		105,0		75,7		106,2		105,0		93,0	
J	6 395		119,0		132,8		106,2		105,2		75,9		105,0		105,5		91,1	
A	6 391	6 392	119,9	119,2	133,9	133,2	109,9	107,0	105,9	105,1	75,5	75,1	106,0	104,9	106,5	317,2	88,8	270,8
S	6 381		118,7		132,9		105,0		104,2		73,8		103,8		105,1		90,9	
O			117,4		131,9		101,6		102,7		77,1							
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, dass sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davor liegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.